

Blessing dem etatmäßigen Wirtschaftsminister das Vorrecht streitig, die Richtlinien der deutschen Konjunkturpolitik zu bestimmen. Entgegen der mehrfach bekundeten Absicht der Bundesregierung, am Kurs der Mark nicht zu rütteln, sprach sich Blessing auf einer Spitzenkonferenz der Notenbank-Chefs der wichtigsten Industrienationen in Basel für eine Aufwertung der Mark um 7,5 Prozent aus.

Die Bundesregierung, der allein das Recht zu Wechselkurs-Änderungen zusteht, erfuhr von Blessings großzügiger Offerte erst drei Tage später; und zwar nicht von dem deutschen Notenbank-Chef, sondern vom britischen Schatzkanzler Roy Jenkins.

Der Brite war zusammen mit neun westlichen Kollegen zu Schillers spektakulärer Währungskonferenz nach Bonn gerufen worden und mußte sich von dem Gastgeber belehren lassen, daß an eine Mark-Aufwertung nicht zu denken sei. Als Jenkins daraufhin über Blessings Baseler Vortrag berichtete, errötete der Bundesbank-Präsident und verlor bei seiner Erwiderung mehrfach den Faden.

Einen Tag später suchte Blessing sich für sein Aufwertungs-Votum zu rechtfertigen. Der Frankfurter Zentralbankrat intervenierte mit einem vertraulichen Fernschreiben bei Kiesinger und den Konferenzteilnehmern Schiller und Strauß: Die vom Wirtschaftsminister angeregten steuerlichen Ersatzmaßnahmen (Verbilligung der Importe und Belastung der Exporte um je vier Prozent) könnten die dringend erforderliche Mark-Aufwertung nicht ersetzen.

Als daraufhin die SPD-Fraktion — die Schillers Staatssekretär Klaus Dieter Arndt von dem vertraulichen Schreiben in Kenntnis gesetzt hatte — Blessing vorwarf, er sei der Regierung während der schwierigsten Verhandlungsphase in den Rücken gefallen, fühlte sich der Schwabe „tief enttäuscht“. Er verlangte, daß sich die Bundesregierung für den Vertrauensbruch formell entschuldige; anderenfalls werde er nicht, wie geplant, vorzeitig zurücktreten. Blessing: „So wie die Dinge liegen, werde ich bis auf weiteres im Amt bleiben.“

Als Bonn den Präsidenten nicht rehabilitierte, ging der Staatsbanker auf Obstruktionskurs. Was immer Schiller seither in seinen ökonomischen „Zielprojektionen“ für 1969 prophezeite und welche wirtschaftspolitischen Rezepte er empfahl, stets meldete Blessing Widerspruch an:

- ▷ Schiller versprach, das Preisniveau werde 1969 höchstens um zwei Prozent steigen; die Bundesbank erklärte daraufhin, die Preisruhe sei „bereits auf vielen Gebieten neuen Auftriebstendenzen gewichen“;
- ▷ Schiller verhielt, seine „soziale Symmetrie“ werde nach zwei Jahren lohnpolitischer Ebbe nunmehr den Arbeitnehmern einen gerechten Anteil am Wirtschaftsaufschwung sichern; Blessing dagegen mahnte zu „weiterer Disziplin in der Lohnpolitik“;

▷ Schiller plant, die durch Exportsteuern geschädigte Industrie mit „flankierenden Maßnahmen“, zum Beispiel mit Investitionsprämien für Eisen und Stahl, Werften und Textil, zu entlasten; prompt stellten die Bundesbankiers fest, der „Nachfrageausfall (durch den Exportrückgang) braucht keinesfalls zu schrecken“;

▷ Schiller beabsichtigt, Deutschlands Wirtschaftsstruktur mit weiteren Investitionsspritzen zu fördern; Blessing jedoch erwägt schon heute, ob es nicht notwendig sei, die Nachfrage notfalls mit Kreditbremsen zu drosseln: „Alle verfügbaren Daten sprechen hier eine deutliche Sprache.“

Vor bayrischen Bauern enthüllte Blessing Mitte Dezember zum erstenmal öffentlich, daß er Schillers Nein



West-Berliner Senator König, DDR-Transport für West-Berlin: Milch durch die Mauer

zur Aufwertung nach wie vor für falsch halte: „Was im November beschlossen wurde, reicht nicht aus.“ Die Währungsprobleme seien nicht aus der Welt, lediglich aufgeschoben.

Doch selbst wenn er den Strauß mit Schiller nicht gewinnen und Bonn den vorzeitigen Rücktritt des Frankfurter Notenbankiers erzwingen sollte, wird Schiller den einflußreichen Kritiker kaum los. Auf Anregung der südwestdeutschen FDP hat der frühere Bundesfinanzminister Heinz Starke dem Schwaben, der seinen Alterssitz im Schwarzwald bei Neuenbürg aufgeschlagen hat, einen sicheren Platz auf der FDP-Landesliste für die Bundestagswahl angeboten. Blessing kann sich bis zum Mai entscheiden.

Die Offerte der Freidemokraten enthält — unausgesprochen — eine lockende Annonce. Blessing könnte, wenn die Große Koalition — wie von einem Teil der CDU/CSU gewünscht — zu Bruch ginge, mit den Freidemokraten in ein neues CDU/FDP-Kabinett einziehen: als Nachfolger des Wirtschaftsministers Karl Schiller.

BERLIN

WIRTSCHAFT

Neue Quellen

Oben auf dem Turm der Kaiser-Wilhelm-Gedächtniskirche intonierten Bläser den Choral „Nun danket alle Gott“, Glockengeläut setzte ein, und berstende Raketen versprühten ihr Licht über das nächtliche Berlin.

Unten auf dem Kurfürstendamm, zwischen Kranzler-Eck und Europa-Center, drängten sich Einheimische und Touristen an den Theken der Bierzelte, um Würstchenbuden und Schießstände, enterten das Wodka-Schiff „Troll“, einen trockengelegten Havel-Dampfer, zwängten sich in den überfüllten, zur Bar umgebauten Stra-

ßenbahnzug der Ex-Linie 55 und riefen „Prosit Neujahr“.

Volk und Gäste nahmen beim „Silvestral 1968“ — einer mit 100 000 Mark vom Senat subventionierten Straßenfete — Abschied vom alten Jahr. Und Grund zum Feiern hatten die Berliner, wie es scheint, diesmal wirklich.

Allen düsteren Prognosen zum Trotz blieben 1968 politische Pressionen aus, und auch die wirtschaftliche Rezession des Jahres 1967 wich neuem Aufschwung. Die Auftragsbücher füllten sich wieder, die Umsatzziffern stiegen, und die Zahl der Arbeitslosen sank.

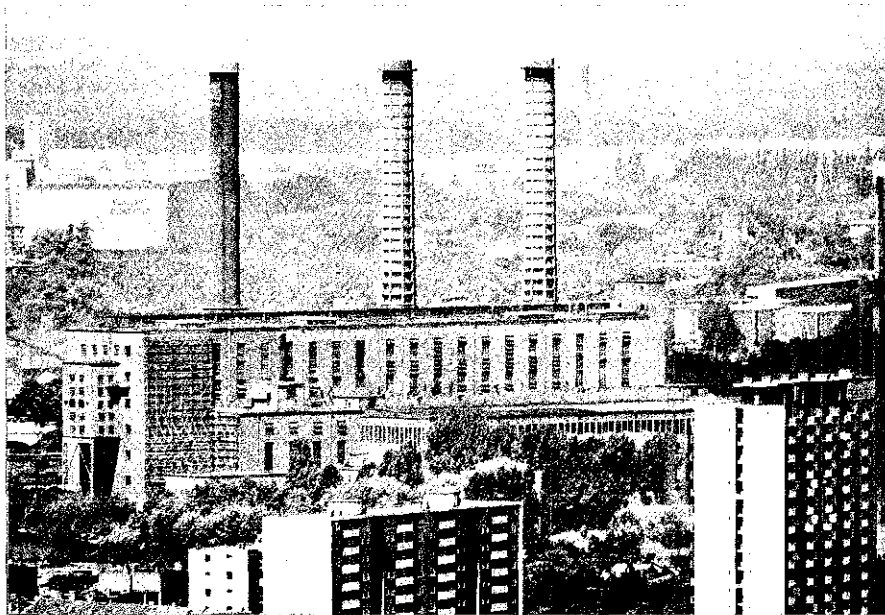
„Die West-Berliner Wirtschaft“, so konstatierte das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung am Jahresende, „befindet sich in einer Phase anhaltender konjunktureller Aufwärtsentwicklung.“ Und dieses Wachstum, so prophezeite das Gutachten, werde im kommenden Jahr anhalten.

Auch Berlins Senat bekundete Zuversicht. Der Regierende Bürgermeister Klaus Schütz teilte anläßlich eines Manager-Meetings allen Interessenten

mit, „daß man in Berlin Geld machen kann“, und Wirtschaftssenator Dr. Karl König resümierte in seinem Jahresrückblick vor der Industrie- und Handelskammer: „Die Berliner Wirtschaft befindet sich wieder in einer kräftigen Aufwärtsentwicklung.“

Freilich: Trotz günstiger Jahresbilanzen für 1968 bleibt die wirtschaftliche Existenz der Inselstadt zumindest auf weite Sicht prekär und beherrscht Unsicherheit die Debatten der politischen Führung, die hinter der schöngefärbten Fassade geführt werden.

Grund zur jüngsten Auseinandersetzung lieferte im Dezember ausgerechnet das Regierungsmitglied, das Berlins Bürger eben erst mit einer optimistischen Jahreschlußrechnung aufgeheitert hatte: Wirtschaftssenator Karl König.



West-Berliner Kraftwerk: Energie aus der DDR?

Der Streit hatte sich an der wirtschaftlichen Zukunftsplanung für West-Berlin im allgemeinen und am Problem der Energie-Versorgung im besonderen entzündet: Die Kapazität der West-Berliner Kraftwerke reicht zwar für die nächsten zehn bis 15 Jahre noch aus, dann aber müssen der Stadt neue Stromquellen erschlossen werden.

Da herkömmliche Kraftwerke aus Mangel an geeignetem Baugelände nicht mehr errichtet werden können, schlug Karl König vor, die dann zusätzlich nötige Energie zunächst über einen Stromverbund mit der DDR und später über ein transkontinentales Verbundnetz zwischen den Ländern des Ost-Wirtschaftspaktes Comecon und den Staaten der EWG zu beschaffen. König: „Weiterhin ist die Lieferung von Erdgas oder Erdöl (als Kraftwerksbrennstoff) über festverlegte Leitungen aus der Bundesrepublik oder der SBZ wünschenswert.“

Entrüstet warfen König-Kollegen dem Bauingenieur Mangel an „politischem Fingerspitzengefühl“ vor. Der

Senator möge doch, um West-Berlins Energie-Autarkie zu sichern, ein Atomkraftwerk bauen lassen. Darauf König: „Ich bin doch kein technischer und wirtschaftlicher Idiot. Das hieße ja jetzt einen Anzug kaufen, den man in 20 Jahren anziehen kann.“

Die Energie-Fehde wurde fürs erste vertagt. Gutachten sollen die Sachlage klären. Doch zu welcher Lösung der Senat dann auch kommen mag — jede wirtschaftliche Zukunftsrechnung in West-Berlin enthält eine unberechenbare Unbekannte: die Politik.

Unbekannt ist in diesem Fall zum Beispiel, ob sich Ost-Berlins Staatshändler überhaupt zu Stromlieferungen nach West-Berlin bereit finden werden, unbekannt ist das Risiko, das die Insel-Stadt eingeht, wenn sie sich bei der Stromversorgung in eine gewisse Abhängigkeit von der DDR be-

gibt. Unbekannt ist schließlich, ob die Alliierten (und die im Geiste immer noch mitmarschierenden Sowjets) dem Bau eines Atomkraftwerks in West-Berlin zustimmen würden.

Und wie bei der Energieplanung, so berührt der Ost-West-Konflikt auch jeden anderen Versuch der West-Berliner, ihrer Stadt eine stabile wirtschaftliche Basis zu beschaffen. Deshalb vor allem kam die Idee des früheren Regierenden Bürgermeister Willy Brandt, West-Berlin zur Handelsdrehscheibe zwischen den politischen Blöcken zu machen, über Wunschvorstellungen nie hinaus. Deshalb auch sind alle Anläufe, die Struktur der Berliner Industrie zu verbessern, bei der Diagnose von Struktur-mängeln stehengeblieben.

Die technisch mögliche und wirtschaftlich wünschenswerte Ansiedlung von Produktionsstätten etwa der elektronischen Industrie scheint aussichtslos, solange Sowjets und DDR unter dem Vorwand, Erzeugnisse dieser Art könnten zu Rüstungszwecken benutzt werden, die ohnehin schmalen Land-

verbindungen West-Berlins zum Westen weiter einengen können.

Zudem zeigt die Erfahrung nach dem Mauerbau, daß Steuervergünstigungen weder ausreichen, den Zuzug zukunfts-trächtiger Industrien zu forcieren, noch Arbeitskräfte in erforderlicher Zahl nach West-Berlin zu locken.

Auch Pläne, Berlins Lage zur Erweiterung des Ost-Handels zu nutzen, scheiterten stets an politischen Barrieren, die in Ost wie West errichtet wurden: Die Bundesregierung lehnte bislang ab, West-Berlin eine Sonderstellung im Interzonenhandel einzuräumen, und die DDR weigert sich — teils aus politischen, teils aus wirtschaftlichen Gründen — hartnäckig, die West-Berliner Liefermöglichkeiten auszunutzen.

So erscheint das umfangreiche Angebot der Berliner Elektro-Industrie von der Glühbirne bis zum kompletten Elektrizitätswerk Ost-Berlins Wirtschaftsplanern zwar außerordentlich verlockend. Die Handelsvereinbarungen der DDR mit der Sowjet-Union aber zwingen die Staatshändler, Großanlagen ausschließlich bei ihrem Senior-Partner zu kaufen.

Folge dieser Politik ist ein seit Jahren klaffendes Defizit des West-Berliner Anteils am Interzonenhandel. Während West-Berlin an den Gesamtbezügen der Bundesrepublik aus der DDR mit nahezu einem Viertel beteiligt ist, erreichen die DDR-Lieferungen des Stadt-Teils insgesamt noch nicht einmal zehn Prozent.

Dabei geben die Westler ein gutes Beispiel für die Möglichkeiten, die aus der geographischen Lage und den Bedürfnissen der 2,14-Millionen-Gemeinde erwachsen:

Die Stadt deckt einen erheblichen Anteil ihres Bedarfs an Baustoffen (Kies, Zement), Kohle und Lebensmitteln aus DDR-Produktion, nutzt den Vorteil der geringen Entfernung und der mithin niedrigen Transportkosten. Allein 1968 kamen rund 700 000 Tonnen DDR-Zement, für 160 Millionen Mark Schweinehälften und Schlachtvieh sowie täglich 20 000 Liter Frischmilch über die Mauergrenze.

Sogar eine Ausweitung dieser Einfuhren hält der Senat für möglich — sofern sich die DDR bereit findet, künftig mehr in West-Berlin zu kaufen, und sofern die westdeutschen Produzenten landwirtschaftlicher Erzeugnisse nicht mehr, wie bisher, auf bestimmten Absatzquoten in West-Berlin bestehen.

An Plänen fehlt es nicht. Und auch von der Wirtschaftskommission, die der Senat vor mehr als einem Jahr einberufen hat, erhoffen sich die Schöneberger Ratsherren in den nächsten Wochen Anregungen für ein glückliches neues Jahr.

Vorerst freilich gilt noch immer ein Spruch des Wirtschaftssenators: „West-Berlin ist ein Sackbahnhof.“